

**Wahlprogramm 2006 bis 2011
der beiden Ortsvereine
Ginsheim und Gustavsburg
der sozialdemokratischen Partei Deutschlands****Vorwort****Die Herausforderung:**

Die SPD hat in Ginsheim-Gustavsburg seit Jahrzehnten das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Über einen langen Zeitraum hat sie bisher mit großer Verantwortung die Politik in der Gemeinde maßgeblich gestaltet. Auch in der Zukunft werden wir keine leeren Versprechungen machen, sondern nur das in Aussicht stellen, was realistisch in den nächsten fünf Jahren auch machbar ist.

Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern werden wir weiter daran arbeiten, dass Ginsheim-Gustavsburg lebens- und liebenswert bleibt.

Mit unserer Kommunalpolitik wollen wir die Demokratie durch drei Ansätze besonders fördern:

Bürgerschaftliches Engagement ist ein wesentliches Element der Kommunalpolitik. Sie ist auf das vielfältige private Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger ebenso angewiesen wie auf die Eigeninitiative Betroffener. Verwaltung und Politik können nicht alle Aufgaben und Probleme alleine bewältigen.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger bei der Entscheidungsfindung nutzen. Wir sind offen für konstruktive Vorschläge, die der Allgemeinheit dienen, und laden deshalb zum stetigen Dialog ein.

Wir setzen uns für mehr Transparenz in Politik und Verwaltung ein. Das betrifft insbesondere die Transparenz der Kosten politischer Entscheidungen.

Im nachfolgenden Programm sind unsere Ziele detailliert beschrieben. Wir würden uns freuen, wenn das Programm der SPD Sie dazu bewegen könnte unsere Kandidatinnen und Kandidaten am 26. März 2006 zu wählen.

Ortsentwicklung

Die SPD steht für eine nachhaltige Weiterentwicklung unserer Heimatgemeinde. Hierbei ist insbesondere die Ortsentwicklung ein wichtiger Gesichtspunkt. Für die SPD gehört zur Ortsentwicklungsplanung vorrangig eine attraktive, behutsame Gestaltung der Ortskerne.

Diese Planungen beziehen sich im Ortsteil Gustavsburg auf den Bereich Marktplatz / Parkplatz Volksbank, das heißt Beethovenstraße / Ecke Rudolf-Diesel-Straße. In Ginsheim geht es hauptsächlich um die Flächen rund um den Friedrich-Ebert-Platz und insbesondere um die Verbindung zur Rheinstraße / Ecke Hauptstraße, hier muss der Charakter des historischen Ortsbildes herausgearbeitet werden. Auch gilt es gerade im Bereich der Hauptstraße die vorhandene Bausubstanz in ihrer ländlichen Struktur zu sichern.

Unsere Ortsmittelpunkte müssen Raum für Begegnungen bieten und die Sicherung der ortsnahen Versorgung muss gegeben sein, um gerade in diesem Bereich auch das Verbleiben der älteren beziehungsweise mobilitätseingeschränkten Menschen in ihrem gewohnten Lebensumfeld zu ermöglichen. Deshalb wollen wir durch entsprechende Bebauungspläne dazu beitragen, dass auch weiterhin innerhalb der bebauten Ortslage Geschäfte und dergleichen möglich sind.

Mit dem auf den Weg gebrachten Rahmenplan für die Ortsgestaltung in Ginsheim wurden bereits die ersten Schritte in diese Richtung gemacht. Wir möchten diesen Weg weiter, über die Aufnahme in die entsprechenden Förderprogramme hinaus, begleiten und forcieren. Unser Ziel ist es in den nächsten 5 Jahren konkrete Maßnahmen umzusetzen.

In Gustavsburg hat es mit der Bürgerversammlung 2004 eine erste Perspektive in Sachen Zukunftsentwicklung gegeben. Hier wurde der Begriff „Gartenstadt“ benutzt, den wir aufgreifen wollen. Ziel unserer Politik ist es gerade in diesem Ortsteil den Plätzen und Grünzügen einen weiterhin großen Stellenwert einzuräumen, denn sie tragen zu einem hohen Wohnwert für Jung und Alt bei. Dies gilt insbesondere für die Bereiche mit Geschosswohnungsbau, der zum großen Teil in kommunaler Hand ist. Wir brauchen das Miteinander aller Altersgruppen und Kulturen, nur so funktioniert das „soziale Netz“ unserer Gemeinde.

Wir setzen uns weiterhin für den Erhalt alter Gebäude und deren Renovierung sowie für den Erhalt städtebaulicher Ensembles unter Berücksichtigung historischer Gesichtspunkte ein, um ihren Charakter zu erhalten und die Attraktivität zu erhöhen. So ist entlang der Darmstädter Landstraße ein geschlossenes Erscheinungsbild zu gestalten.

Damit auch künftige Generationen die Möglichkeit haben, im eigenen Haus beziehungsweise in der eigenen Wohnung zu leben, sprechen wir uns für die Ausweisung eines neuen Baugebietes am Standort der jetzigen Sportanlage Ginsheim sowie des Bereiches Lindenhof / Bürgerhaus aus. Dieses Gebiet soll nach unseren Vorstellungen in mehreren Stufen über Jahre hinweg entwickelt werden. Die Verkehrserschließung soll über eine neu zu bauende Erschließungsstraße erfolgen, damit der alte Ortskern nicht zusätzlich belastet wird.

Bereits in den letzten Jahren haben wir uns politisch dafür eingesetzt, dass das äußere Erscheinungsbild unserer Gemeinde verbessert wird. Als positive Beispiele sind zum Beispiel der Burgpark und der Kran am Altrhein zu nennen. Diesen Weg wollen wir weiter gehen und setzen uns deshalb dafür ein, dass die Ortseingänge so gestaltet werden, dass sie ein positives Bild unserer Gemeinde vermitteln.

Bürgerzentren

Zu einem funktionierenden Gemeinwesen gehören nach unserer Vorstellung auch Bürgerzentren und Versammlungsstätten. Deshalb sprechen wir uns dafür aus, in den nächsten 5 Jahren die Bürgerhäuser in beiden Ortsteilen zu überplanen. Sind sie doch Mittelpunkt aktiver Vereinsarbeit und kulturelles Forum, so müssen sie diesen Anforderungen auch gerecht werden. Im Ortsteil Ginsheim sehen wir die Möglichkeit, im Rahmen einer umfassenden Sanierung diesem Anspruch Rechnung zu tragen.

Für den Ortsteil Gustavsburg halten wir es für erforderlich die derzeitige Gesamtfläche um das Bürgerhaus einer Neuplanung mit dem Ziel der Errichtung eines Bürgerzentrums zu unterziehen. Hier sollten nach unserer Vorstellung die öffentlichen Infrastruktureinrichtungen unserer Gemeinde und eine zentrale Versammlungsstätte für unsere Mitbürger zusammengefasst werden. Durch dieses Projekt wird nach unserer Überzeugung das Ortsbild deutlich verbessert.

Regionalpolitik

In einem immer enger zusammenwachsenden Europa müssen wir uns auch die Frage stellen, ob unsere Verwaltungsstrukturen mit den Ebenen Land, Regierungspräsidium, Kreis und Gemeinde noch sachgemäß sind. Gerade in Zeiten knapper Mittel sollten alle Ebenen auf den Prüfstand gestellt werden, um herauszufinden, an welchen Stellen mögliche Doppelarbeit geleistet wird, mit dem Ziel, den Verwaltungsaufwand zu minimieren.

Insbesondere die Städte und Gemeinden, welche zum Ballungsraum Frankfurt Rhein-Main gehören – dazu zählt auch Ginsheim-Gustavsburg – sind aufgefordert sich in den nächsten Jahren mit diesem Thema zu beschäftigen.

Denn im Ballungsraumgesetz hat die Landesregierung bereits festgelegt, dass sie gewillt ist, für überregionale Aufgaben, wie zum Beispiel Wirtschaftsförderung oder Kultur, Zweckverbände über Gemeindegrenzen hinweg einzurichten, notfalls sogar als Zwangsverbände.

Wir Sozialdemokraten sind grundsätzlich gegen Zwangsverbände. Vielmehr setzen wir uns dafür ein, dort, wo es sinnvoll erscheint, auf freiwilliger Basis mit unseren Nachbargemeinden zusammen zu arbeiten. Als positives Beispiel einer solchen partnerschaftlichen Zusammenarbeit sind die Regionalparkprojekte oder die Route der Industriekultur zu sehen. Im Sinne einer gleichberechtigten Partnerschaft könnten nach unserer Auffassung auch andere Aufgaben über Gemeindegrenzen hinweg gemeinsam erledigt werden. Hier wäre beispielhaft die Mülleinsammlung zu nennen.

In einem Europa der Regionen werden es kleinere Gemeinden künftig noch schwerer haben ihre Selbstständigkeit zu bewahren. Wir müssen deshalb bereits heute alles daran setzen, um durch freiwillige Zusammenschlüsse unsere Gemeinde für die Aufgaben der Zukunft fit zu machen. Hierzu müssen wir insbesondere unsere Verwaltungskraft so stärken, damit wir auch in Zukunft gegenüber hessischen Zentren wie Wiesbaden, Rüsselsheim und Frankfurt bestehen können und eigenständig bleiben.

Einen besonderen Stellenwert messen wir hierbei der Zusammenarbeit mit unserer Nachbargemeinde Bischofsheim zu. Gemeinsam sollten wir für unsere Selbstständigkeit eintreten. Deshalb wollen wir auf allen Feldern die Zusammenarbeit weiterentwickeln.

Soziales

Wir Sozialdemokraten treten für Menschen ein, die besondere Unterstützung benötigen. Die Integration aller Menschen in unser Gemeindeleben ist ein zentraler Grundsatz für uns.

Unsere Gemeinde leistet in Bezug auf die Integration von behinderten Menschen Vorbildliches. Wir werden auch weiterhin vor allem Maßnahmen, die ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben fördern, unterstützen.

Dem ehrenamtlichen Engagement im sozialen und kulturellen Bereich kommt immer größere Bedeutung zu. Aus diesem Grund wollen wir eine Geschäftsstelle für Ehrenamtliche einrichten, die dabei hilft, vorhandene Aktivitäten zu bündeln und die Ehrenamtlichen von Verwaltungsaufgaben entlastet, damit sie sich ihrem Kerninteresse zu unser aller Vorteil widmen können.

Kinder/Jugend

Kinder, Jugendliche und Heranwachsende, ohne Rücksicht auf Herkunft, Geschlecht und Elternhaus, haben ein Recht auf eine zufriedene und glückliche Kindheit und Jugend. Dafür trat die SPD in Ginsheim-Gustavsburg seit jeher ein und wird dies auch in Zukunft tun.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass in Ginsheim-Gustavsburg auch weiterhin ein zahlenmäßig ausreichendes und pädagogisch qualifiziertes Angebot an Kindergartenplätzen zur Verfügung steht. An diesem hohen Niveau wollen wir auch in den kommenden Jahren festhalten. Unsere Forderungen nach Ausweitungen der flexiblen Öffnungszeiten der Kindergärten und von Familiengruppen wurden umgesetzt.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch ein Angebot für Kinder im Alter von bis zu 3 Jahren im Rahmen des Bedarfes geschaffen wird. Dabei favorisieren wir den Betrieb durch private Initiativen, die wir durch Bereitstellung von Liegenschaften und Entlastung von administrativem Aufwand fördern wollen. Wir gehen davon aus, dass die Nachfrage nach Kindergartenplätzen für Kinder ab 3 Jahren nachlässt. Diese Mittel werden wir nicht einsparen, sondern für ein Angebot für Kinder bis zu 3 Jahren einsetzen und so die Mittel, die von Bund und Land zugesagt wurden, ergänzen.

In vielen Vereinen wird Jugendarbeit auf ehrenamtlicher Basis mit außerordentlich großem Engagement geboten. Diese Vereine übernehmen damit einen wichtigen Beitrag zur außerschulischen Jugendarbeit, dessen Bedeutung über den eigentlichen Vereinszweck weit hinausgeht. Unserer Unterstützung, wie zum Beispiel mit dem Bau der neuen Turnhalle Gustavsburg und der Sportplatzverlegung Ginsheim, können sich die Vereine und Initiativen weiterhin sicher sein.

Wir suchen weiterhin nach geeigneten Formen, Kinder und Jugendliche in die politische Arbeit einzubeziehen. Die diesbezüglichen Aktivitäten der AG Kinder und Jugend unterstützen wir.

Wir fordern ein Jugendzentrum in jedem Ortsteil. In Ginsheim soll das Jugendzentrum an der neuen Sportanlage entstehen. Eine intensive Zusammenarbeit von Schule, Vereinen und Jugendpflege an diesem Ort halten wir für wünschens- und unterstützenswert. Die Öffnungszeiten beider Häuser sollen ausgeweitet werden, so dass Heranwachsende dort immer eine Anlaufstelle haben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die gute Arbeit der kommunalen Jugendpflege weiter fortgeführt und wenn möglich ausgebaut wird.

Ähnlich der Ferienspiele im Sommer sollen auch in den Oster- beziehungsweise Herbstferien pädagogisch betreute Projekte für Kinder im Grundschulalter stattfinden. Zum einen wollen wir so außerhalb der Schulzeit die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit verbessern, zum anderen sollen kindgerechte Angebote bereitgestellt werden.

Nach den positiven Erfahrungen mit dem von der SPD initiierten Konzept für „kind- und jugendgerechte Spielräume“ in Ginsheim werden wir die weitere Umsetzung in Gustavsburg vorantreiben. Mit Kindern und Jugendlichen werden die vorhandenen Spielplätze überprüft und verändert sowie zusätzliche Bereiche und Möglichkeiten zum Treffen, Spielen und um Erfahrungen zu sammeln gesucht.

Die bislang auf Kreisebene vorhandene Jugendleiterkarte, die ehrenamtliches Engagement fördern soll, möchten wir auf der Ebene der Kommune ausweiten. Inhaberinnen und Inhaber sollen nicht nur wie bisher im Kommunalen Kino vergünstigten Eintritt erhalten, sondern auch bei anderen Veranstaltungen in Ginsheim-Gustavsburg verbesserte Konditionen angeboten bekommen.

Kinder, Jugendliche aber auch Erwachsene verlieren immer mehr den Bezug zur Natur. Dem versuchen Kindergärten und Grundschulen in Zusammenarbeit mit örtlichen Landwirten entgegenzuwirken. Wir wollen durch die Einrichtung von Lehrpfaden die Sensibilität für die Natur und das Verstehen der Natur fördern.

Wir unterstützen auch weiterhin die Aktivitäten der Gemeindeverwaltung zur Verbesserung der Ausbildungssituation.

Seniorinnen und Senioren

Wir werden auch weiterhin darauf Einfluss nehmen, dass ältere Menschen in ihrer gewohnten Umgebung wohnen bleiben können. Häufig sind die Wohnungen jedoch zu groß. Wir werden daher künftig verstärkt darauf achten, dass Wohnungsgrundrisse flexibler strukturiert werden und Wohnungen sich wandelnden Lebensverhältnissen besser anpassen lassen. Auch unsere Sozialstation bietet umfassende Dienstleistungen insbesondere für Ältere an, die das Leben zuhause erleichtern.

Gesellschaftliche Teilhabe wollen wir für alle Altersgruppen. Den Seniorenbeirat, die Vereine und die Kirchen, die aktive Seniorenarbeit leisten, werden wir auch weiterhin unterstützen. Der „Tag der Senioren“ und die Seniorenfahrten sollen auch künftig angeboten werden.

In Zukunft soll es eine Seniorenzeitung geben, die gezielt Seniorinnen und Senioren informiert.

Wir haben durch die Bereitstellung eines Grundstückes und einen Zuschuss den Umbau des Alten- und Pflegeheimes unterstützt. Dadurch konnte sich die Gemeinde Belegungsrechte sichern. Nach dem Umbau werden Kurzzeitpflegeplätze und auch betreutes Wohnen angeboten.

In Zukunft werden sich Selbsthilfegruppen noch stärker als bisher entwickeln. Dies gilt sowohl für Gruppen, die sich um aktive Senioren kümmern als auch für solche, die ältere Menschen im häuslichen Bereich begleiten. Solche Initiativen werden wir auch weiterhin unterstützen.

Immer mehr Menschen in unserer Gesellschaft erleben ihre letzten Stunden einsam und ohne jegliche Zuwendung. Die meisten Familien und Angehörigen sind bei der Betreuung und durch das Erleben von Tod und Trennung überfordert. Initiativen, die sich dieser Herausforderung stellen, verdienen unsere Unterstützung.

Sport, Freizeit und Vereine

Unsere Vereine bieten zahlreiche Möglichkeiten einer sinnvollen Freizeitgestaltung und leisten wichtige Beiträge zur Gesundheitsfürsorge und zur Integration.

Gerade vor dem Hintergrund eines zunehmenden Bewegungsdefizits bei Kindern und einer Änderung der Altersstruktur der Bevölkerung sind dies gesellschaftlich wichtige Aufgaben, die wir auch künftig politisch, organisatorisch und finanziell unterstützen werden.

Die Bereitstellung von Bewegungsräumen für den Vereinssport sowie für den ungebundenen Freizeitsport ist für uns wichtig. Dabei lassen wir uns von dem Grundsatz leiten, dass eine zukunftsfähige Sportentwicklung nur in Kooperation mit den Betroffenen geleistet werden kann.

Unser Engagement hat zum Bau einer weiteren Sporthalle in Gustavsburg geführt. Darüber hinaus wird auf unsere Initiative eine neue Sportanlage in Ginsheim errichtet. Hiermit wurden und werden Versorgungslücken für die Sporttreibenden geschlossen.

Viele Vereine und Initiativen in unserer Gemeinde leisten Jugendarbeit, die sowohl Jugendsozialarbeit aber auch außerschulische Jugendbildung ist. Da wir uns dieser gesamtgesellschaftlichen Verantwortung der Träger von Jugendarbeit bewusst sind, fördern und unterstützen wir diese wertvolle Arbeit.

Neben dem Sport, der in den Vereinen angeboten wird, betätigen sich Jugendliche immer mehr in selbst organisierten Freizeitaktivitäten. Wir unterstützen diese autonomen Aktivitäten. Bislang haben wir mit Bolzplätzen, Streetball und der „Fahrrad-Cross-Strecke“ jugendkulturelle Projekte umgesetzt. Um weiteren Bedürfnissen Gestalt zu geben, wollen wir die Skateboardanlage auch im Ortsteil Ginsheim wieder aufstellen und in Gustavsburg einen Platz auf den Mainwiesen schaffen, der beispielsweise für ein Beach-Volleyballfeld genutzt werden kann.

Das Freizeitangebot und die Freiräume zur Naherholung müssen in Umfang und Qualität erhalten bleiben. Durch den Bau des Burgparks und dessen Vernetzung im Regionalpark Rhein-Main, die Mainwiesen und die Fähre zur Nonnenau bietet unsere Gemeinde ein ansehnliches Angebot zur Naherholung.

Um unseren Vereinen, aber auch den Familien, die Gelegenheit zu geben, Feste in unbewirteten Gasträumen zu feiern, werden wir die vorhandenen Angebote stärker bekannt machen und nach weiteren Angeboten Ausschau halten. Auch die Standorte für Feste im Freien werden wir breiter veröffentlichen.

Wir wollen, dass zumindest zu bestimmten Zeiten bzw. Festen, wieder ein Boot in Ginsheim anlegt, das Reisende nach Mainz bringt.

Schule und Bildung

Wir begreifen Schule, Ausbildung und lebenslanges Lernen als wichtige Handlungsfelder. Wir kämpfen dafür, das Recht unserer Kinder auf Chancengleichheit in der Bildung durchzusetzen, unabhängig von Herkunft und den finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses. Wir setzen dabei auf ein Schulsystem, das auf Durchlässigkeit, Integration, individuelle Förderung und der Möglichkeit zur Ganztagsbetreuung ausgerichtet ist.

Die den Schulen vom Land eingeräumte größere Selbständigkeit und Eigenverantwortung begrüßen wir. Wir sehen darin einen Schritt zur Qualitätsverbesserung unserer Schulen.

Die Gemeinde kooperiert mit den örtlichen Schulen in vielfältiger Weise und beteiligt sich auch finanziell, um, die Rahmenbedingungen zu verbessern.

Sie unterstützt finanziell und organisatorisch das Angebot der „Grundschule mit festen Öffnungszeiten“, das auch von Elterninitiativen an der Albert-Schweitzer-Schule und an der Gustav-Brunner-Schule unterstützt wird.

Die Zusammenarbeit der Integrierten Gesamtschule (IGS) Mainspitze mit der kommunalen Jugendpflege auf der Ebene der beruflichen Orientierung und Berufsfindung wird weitergeführt und ausgebaut werden. Dazu gehört auch die Organisation eines Patenprogramms, das Jugendliche beim Finden eines Ausbildungsplatzes bis hin zum Erreichen des Ausbildungszieles unterstützt.

Die Gemeinde hält ihr erweitertes Lehrstellenangebot bei und versucht durch Kooperation mit anderen Betrieben das Ausbildungsangebot zu erweitern.

Die Überlegungen an der IGS Mainspitze, ihren Ganztagsbetrieb in Angebotsform auf fünf Tage in der Woche auszuweiten, werden von uns begrüßt. Ein Beitrag der Gemeinde zur Verbesserung der schulischen Rahmenbedingungen ist die Mitfinanzierung der Schulsozialarbeit – gemeinsam mit dem Kreis Groß-Gerau.

Wir werden die gute Kooperation mit den örtlichen Schulen fortsetzen und unterstützen sie bei ihren Projekten und Aktivitäten zur „Öffnung nach außen“.

Wir wollen, dass die Lesekompetenz steigt und werden unsere finanzielle Unterstützung für die Anschaffung von Medien beibehalten.

Die geplante Verlegung der Sportanlage im Ortsteil Ginsheim an die IGS Mainspitze kommt dem Schulsport unmittelbar zugute.

Die umfangreichen Sanierungsarbeiten an den Schulen in unserer Gemeinde durch den Kreis werden das Lernumfeld nachhaltig verbessern.

Die Kreisvolkshochschule hat einen anerkannt hohen Leistungsstand. Sie ist als Institut für lebenslanges Lernen den sich ständig wandelnden Erfordernissen anzupassen und weiter zu entwickeln.

Kunst und Kultur

Das örtliche Kunst- und Kulturangebot ergänzt das umfassende Angebot der umliegenden Städte.

Veranstaltungen in "Gerber's Cafe", Senioren-Treff "Fähre", Bürgerhäusern und Kommunalem Kino, "Achterbähnchen" und "Achterbahn" als Kleinkunstprogramme, Ignous als Theater, Veranstaltungen des "Kultursommers", Altrheinfest, Burgfest und Weihnachtsmärkte als beliebte Heimatfeste erfreuen sich großer Beliebtheit.

Internationale Veranstaltungen mit und in den Partnergemeinden, Sportlerehrung und der Neujahrsempfang der Gemeinde zusammen mit der Sport- und Kulturgemeinde Ginsheim und dem Sport- und Kulturbund Gustavsburg und dem Gewerbeverein, Verleihung des "Bürgerpreises" der Gemeinde, das Angebot der Musikschule sowie das Angebot der Gesangs- und Musikvereine runden dieses Programm ab.

Trotz knapper finanzieller Spielräume werden diese kulturellen Angebote auch in Zukunft aufrechterhalten und bedarfsgerecht weiter entwickelt werden. Unsere Gemeindechronik spiegelt all diese Aktivitäten wider. Wir möchten, dass die Chronik künftig von einem „Ortsschreiber“ ehrenamtlich fortgeschrieben wird. Nur durch eine enge Zusammenarbeit mit den Kirchen, Sport- und Kulturvereinen und Organisationen unserer Gemeinde wird eine interessante Kulturlandschaft garantiert.

Internationales Zusammenleben, Städtepartnerschaft

Die SPD als Partei des Internationalismus setzt sich für die Würde, Freiheit, Gleichheit und Solidarität aller Menschen ein. In Ginsheim-Gustavsburg teilen wir dieses Bestreben mit vielen anderen, die sich für die Integration ausländischer Mitbürger engagieren. Diese Solidarität werden wir auch künftig mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.

Die SPD setzt sich als Partei aktiv für internationale Verständigung ein und achtet die unterschiedlichen Kulturen. Die mittlerweile über 15 Jahre bestehende Partnerschaft mit der französischen Stadt Bouguenais und der senegalesischen Landgemeinde Ballou hat für uns einen hohen Stellenwert im Hinblick auf internationale Solidarität.

Sie dient zum Abbau von Vorurteilen und dem Kennen lernen anderer Kulturen und trägt somit aktiv zur internationalen Verständigung bei. Wir werden auch in Zukunft dafür Sorge tragen, dass benötigte finanzielle Mittel in ausreichendem Maß zur Verfügung gestellt werden. Initiativen, die zur Vertiefung und zum Erhalt der Partnerschaft bestehen oder neu angestoßen werden, sind sowohl ideell als auch finanziell von der Kommune zu fördern.

Finanzen

Die Einnahmen unserer Gemeinde, die hauptsächlich durch Einkommens- und Gewerbesteuer bestimmt sind, reichen trotz dauerhafter Konsolidierung nicht zur Finanzierung der laufenden Ausgaben aus.

Bund und Land sind aufgefordert die Finanzausstattung ihrer Kommunen endlich wieder sicher zu stellen. Den Glauben, dass dauerhaft höhere Staatseinnahmen durch geringere Steuern zu erreichen sind, teilen wir nicht.

Wir wollen durch die Ausweisung des Gewerbegebietes „Am Mainspitzdreieck“ und des Wohnungsbaugebietes am ehemaligen Sportplatz Ginsheim die Voraussetzungen für eine verbesserte Einnahmesituation schaffen.

Wir werden unseren Kurs des Schuldenabbaus fortsetzen und dadurch auch die Zinslast weiter senken. Maßnahmen, die dauerhaft die Lebensqualität verbessern wie zum Beispiel Kindergärten und Bildung müssen jedoch auch künftig langfristig finanzierbar sein.

Die Gebührenhaushalte, mit Ausnahme der Kindergärten, sind ausgeglichen zu gestalten.

Die Gemeinde hat leider nur noch auf einen geringen Teil der Aufgaben und Ausgaben einen eigenen Einfluss. Die meisten Themen werden durch Entscheidungen von Bund, Land und Kreis festgelegt. Dort wo wir Einfluss vor Ort haben, müssen Aufgaben und Ausgaben auch weiterhin auf dem Prüfstand stehen.

Der bereits reduzierte Personalbestand wird ebenfalls laufend überprüft. Gesellschaftliche Entwicklungen erfordern die Verlagerung von Prioritäten. Wenn neue Aufgaben wahrgenommen beziehungsweise die vorhandene Qualität verbessert werden soll steht dies unter Finanzierungsvorbehalt. Notwendige Anpassungen sind durch Umorganisationen im Personalbestand vorzunehmen.

Möglichkeiten intensiverer Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen im Bereich des gemeinsamen Einkaufs und gemeinsam betriebener Einrichtungen sollen genutzt werden, sofern sie für alle Beteiligten auch materiell vorteilhaft sind und möglichst eine Verbesserung des Leistungsangebotes darstellen. Weitere Kooperationsmöglichkeiten mit Privaten sollen erschlossen werden.

Erhöhte Abgaben an den Kreis aber auch Beiträge an den Kulturzwangsverband führen ebenso wie reduzierte Zuschüsse des Landes zu Konflikten. Wir werden auch weiterhin nicht in der Lage sein solche Mehrbelastungen auszugleichen. Es wird im Einzelfall zu entscheiden sein, ob wir diese zusätzlichen externen Belastungen durch ein reduziertes Leistungsangebot beziehungsweise erhöhte Eigenbeteiligung der Bürger weiter geben oder eine Ergebnisverschlechterung hinnehmen.

Wohnen

Ginsheim-Gustavsburg ist eine Mischung aus Wohnsitz- und Arbeitsplatzgemeinde. Der Wohnsitzcharakter dominiert jedoch. Daher ist die Qualität der Wohnungen, zum Beispiel ein flexibler Grundriss und das Umfeld der Wohnungen, von besonderer Bedeutung. Wir wollen, dass sich Mieter und Eigenheimbesitzer in ihrer Umgebung wohl fühlen.

Dazu gehört die Reduzierung des Lärms. Das vorliegende Lärmschutzgutachten für unsere Gemeinde soll umgesetzt werden. Unser Hauptaugenmerk gilt der Lärmreduzierung entlang der Bahnlinien aber auch dem Kampf gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens.

Der Wohnungs- und der Eigenheimbestand in unserer Gemeinde hat sich in der jüngeren Vergangenheit überdurchschnittlich dynamisch entwickelt. Viele junge Familien konnten ihren Wunsch nach dem Wohnen in den eigenen vier Wänden realisieren.

Während der nächsten Wahlperiode soll ein weiteres Baugebiet für Eigenheime und Mietwohnungsbau im Bereich des jetzigen Sportplatzes Ginsheim entwickelt werden. Falls längerfristig zusätzlicher Bedarf besteht, ist auch dafür Vorsorge getroffen.

Auch der von der Gemeinde geförderte Wohnungsbau hat sowohl zahlenmäßig als auch auf die Wohnraumgröße bezogen, zu einer nachfragegerechten Verbesserung des Wohnungsangebotes geführt. Wir werden neben Wohnungsbauten in Ginsheim-Nord auch in dem neuen Baugebiet zusätzlichen Wohnraum durch die Gemeinde fördern und dadurch auch Einfluss auf das Mietniveau nehmen.

Durch die Sanierung zahlreicher Gebäude der gemeindeeigenen Wohnungsbaugesellschaft (KWG) wurde der Bestand erkennbar verbessert. Die weitere qualitative Verbesserung des Wohnungsbestandes und des Wohnumfeldes für alle Wohngebiete gehört zu unseren Schwerpunkten der nächsten Wahlperiode. Wir werden ein entsprechendes Programm im Dialog mit den Bewohnern entwickeln und schrittweise umsetzen. Dabei werden wir die Erkenntnisse aus der vorliegenden Studie zur Ortskernentwicklung berücksichtigen und uns bemühen den jeweils besonderen Quartiercharakter beizubehalten bzw. hervorzuheben.

Wir wünschen uns eine Gemeinde in der Jung und Alt reibungsarm zusammenleben. Wir glauben, dass es möglich sein muss, dass sich die Generationen miteinander verständigen und in guter Nachbarschaft miteinander leben. Falls dies in Einzelfällen nicht möglich erscheint, wollen wir, dass Gemeindebewohner als Mediatoren für Konflikte zwischen den Generationen qualifiziert werden.

Bürgerservice der Gemeinde

In den letzten Jahren haben wir die Dienstleistungen der Gemeindeverwaltung für unsere Bürgerinnen und Bürger stetig ausgebaut. Als Beispiele sind hier insbesondere die Bürgerbüros und das Seniorenbüro zu nennen.

Wir wollen auch in den nächsten Jahren das Serviceangebot unserer Gemeinde erweitern und dort, wo es notwendig erscheint, verbessern. Dabei richten wir unser Augenmerk vor allem auf die Personengruppen, die besonderer Unterstützung bedürfen.

Ein Schwerpunkt soll vor allem die Verbesserung des Angebotes für unsere Seniorinnen und Senioren sein. Hier stellen wir uns vor, dass diese Personengruppe noch stärker über die bestehenden Angebote der Gemeinde informiert wird und unter anderem eine Seniorenzeitung für sie herausgegeben wird.

Um im Sozialbereich unsere Dienstleistungen für Hilfesuchende zu verbessern, soll vor Ort eine Sozialberatung möglich sein. Damit wollen wir den Hilfesuchenden auch nach Änderung der Sozialgesetzgebung vor Ort eine Beratungsmöglichkeit anbieten.

Ein ganz wichtiger Personenkreis ist natürlich unsere Jugend. Den jungen Menschen möchten wir zu einer guten Zukunft verhelfen und sie nach Kräften dabei unterstützen, einen angemessenen Arbeitsplatz zu erhalten.

Ende 2005 waren in Ginsheim-Gustavsburg rund 600 Personen arbeitslos gemeldet, davon 77 Personen im Alter unter 25 Jahren. 17 junge Menschen sind bereits länger als sechs Monate arbeitslos.

Wir sind uns bewusst, dass die Zukunftsfähigkeit, die Innovationskraft sowie die Wettbewerbsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft vor allem von der Ausbildung und Qualifizierung unserer Jugend abhängt.

Um die notwendige Qualifikation der Arbeitskräfte zu gewährleisten, wollen wir durch eine intensive Zusammenarbeit mit den Ausbildungsträgern von Wirtschaft und öffentlicher Hand dafür sorgen, dass das Angebot an Ausbildungsplätzen in unserer Gemeinde erhöht wird. Dabei geht die Gemeindeverwaltung mit ihren Eigenbetrieben mit gutem Beispiel voran und hat bereits ihr Angebot an Ausbildungsstellen erweitert.

Darauf aufbauend müssen wir auch die bei uns ansässigen Betriebe entsprechend motivieren, dass sie an der Verbesserung der Ausbildungssituation in ihrem eigenen Interesse mitarbeiten.

Um Jugendlichen den Weg in das Berufsleben zu erleichtern, gibt es bereits ein vielfältiges Angebot der Jugendpflege unserer Gemeinde. Dieses Angebot, das die Leistungen von Schule, Jugendhilfe und Arbeitsverwaltung ergänzt, sollte noch weiter ausgebaut werden.

Wir möchten, dass die Gemeinde im ständigen Dialog sowohl mit den örtlichen Betrieben als auch mit der Jugend bleibt. Deshalb machen wir uns dafür stark, dass ein fester Ansprechpartner bei der Gemeinde die Koordinierungsfunktion für diese zukunftsweisende Aufgabe übernimmt.

Darüber hinaus wollen wir ein Mentorenprogramm auflegen, um für Jugendliche in der Ausbildung den Kontakt zu älteren, erfahrenen Bürgern herzustellen, die ihnen durch ihr Wissen helfen, die Ausbildung erfolgreich zu beenden.

Serviceleistungen für Unternehmen und Beschäftigte

In vielen Kommunen fühlen sich Unternehmen mit ihren Fragen und Problemen häufig allein gelassen. Der Gemeinde kommt jedoch die Aufgabe zu, für alle Arten und Anfragen, seien es Betriebserweiterungen, Genehmigungen oder die täglichen Sorgen und Nöte, als serviceorientierter Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen und ihnen bei dem Weg durch den „bürokratischen Dschungel“ zu helfen.

Alle Maßnahmen dienen letztlich dem Erhalt von Arbeitsplätzen. Auch wenn wir bei den Arbeitsplätzen keine Entwicklung wie Kelsterbach oder Eschborn nehmen können und wollen, haben wir doch die Voraussetzungen geschaffen, um Beschäftigung zu sichern und Wachstumschancen zu nutzen.

Auch in der kommenden Wahlperiode soll die aktive Wirtschaftsförderungspolitik unserer Gemeinde fortgesetzt werden. Mit dem Gewerbegebiet „Am Mainspitzdreieck“ haben wir die Voraussetzungen geschaffen, dass sich neue Betriebe in unserer Gemeinde ansiedeln können. Unsere Wirtschaftsförderung soll sich auch in Zukunft verstärkt darum kümmern, neue Arbeitsplätze in Ginsheim-Gustavsburg anzusiedeln.

Der Standortwettbewerb hat sich allerdings aufgrund der bundesweit zurückgegangenen Nachfrage nach Gewerbeflächen und der wachsenden internationalen Konkurrenz bei den Anbietern von Flächen deutlich verschärft. Um in diesem Wettbewerb bestehen zu können, ist es wichtig, unser Standort-Profil weiter zu schärfen und mit gezielten Maßnahmen ansiedlungswillige Unternehmen ausfindig zu machen und zu akquirieren. Im Standortwettbewerb haben wir aufgrund der zentralen Lage, der hervorragenden Verkehrsanbindung, aber auch wegen der attraktiven sogenannten weichen Standortfaktoren, gute Chancen, die es auszubauen gilt.

Da für entsprechende Marketingmaßnahmen ein hoher Einsatz von Finanzmitteln und Personal notwendig ist, welche die Gemeinde allein nicht zur Verfügung stellen kann, ist es not-

wendig, die Wirtschaftsförderungsinstrumente überregional agierender Institutionen auf Kreis- und Landesebene, vor allem aber im Rhein-Main-Gebiet, zu nutzen. Nur in Kooperation mit starken Partnern und gemeinsam mit anderen Gemeinden sind Maßnahmen wie Messe-Auftritte, Aufbau und Pflege von Internetdatenbanken oder weitere Formen der Außenwerbung finanzierbar. Diesen Weg soll die Wirtschaftsförderung der Gemeinde weiterhin gehen und – wo möglich – auch noch ausbauen.

Die Sicherung der Nahversorgung unserer Bevölkerung mit Produkten des täglichen Bedarfs ist für uns Sozialdemokraten von großer Wichtigkeit. Deshalb ist für uns neben der Anbindung der neu entstehenden Märkte im Gewerbegebiet „Am Mainspitzdreieck“ durch den Öffentlichen Personennahverkehr auch die Ortskernentwicklung in beiden Ortsteilen ein wichtiges Thema. Durch entsprechende Bebauungspläne wollen wir die Ansiedlung von Betrieben zur Nahversorgung in unseren Ortszentren sichern.

Neben der Neuansiedlung von Betrieben gilt unser Augenmerk selbstverständlich auch den vorhandenen Gewerbetreibenden in unserer Gemeinde. Hier gilt es, den Dialog zu verbessern und einen regelmäßigen Austausch von Informationen zu organisieren. Ganz gezielt wollen wir die örtlichen Betriebe und Unternehmer fördern und unterstützen, damit die Arbeitsplätze in unserer Gemeinde erhalten bleiben.

Im TIGZ finden technologieorientierte, innovative Unternehmensgründer gute Voraussetzungen, um erfolgreich zu wirtschaften und so die Voraussetzung für Expansion und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Beschäftigungssituation unserer Bevölkerung hängt vorwiegend von der Entwicklung der Unternehmen im Rhein-Main-Gebiet, mit ihrer internationalen Orientierung und den daraus entstehenden Folgen für Arbeitsplätze ab.

Vor allem kleinere und mittlere Betriebe sind aber finanziell kaum in der Lage, für eine umfassende Aus- und Weiterbildung ihrer Angestellten zu sorgen. Je besser aber die Voraussetzungen sind, die Jugendliche für die Ausbildung mitbringen, umso mehr hilft es den Betrieben, im täglichen Wettbewerb zu bestehen. Deshalb setzen wir uns ganz gezielt für die Verbesserung der Ausbildungschancen unserer Jugendlichen ein.

Von Langzeitarbeitslosigkeit waren Ende 2005 bei uns rund 220 Personen betroffen. Auch in unserer Gemeinde handelt es sich dabei vorwiegend ältere, erwerbsgeminderte und ausländische Arbeitnehmer. Verschärft wird diese Situation noch bei gering Qualifizierten. Wir werden auf die Personalentwicklungsplanung der Gemeinde insofern Einfluss nehmen, dass gerade ältere Menschen und ausländische Mitbürger eine Chance erhalten. Durch die gezielte Integration gering qualifizierter und erwerbsgeminderter Personen bei der Gemeinde und ihrer Betriebe übernehmen wir auch weiterhin eine besondere Verantwortung.

Umwelt

Bereits seit Jahrzehnten setzen wir uns nachhaltig im Rahmen unserer kommunalen Möglichkeiten für die Verbesserung unserer Umwelt ein. Als eine der ersten Gemeinden in unserer Region haben wir ein Umweltbüro eingerichtet. Auch in den kommenden Jahren werden wir darauf achten, dass bei allen kommunalen Bauvorhaben die Möglichkeiten alternativer Energie, wie zum Beispiel die Solarenergie, ausgeschöpft werden. Ein kommunales Energie- und Gebäudemanagement hilft, Energie einzusparen und Kosten zu verringern.

Einen hohen Stellenwert in unserer Umweltpolitik hat die Reinhaltung unserer Gewässer. Unsere Kläranlage leistet hierbei einen wichtigen Beitrag. Dank nicht unerheblicher Investitionen in den letzten Jahren ist sie auf den neuesten Stand der Technik. Wir werden auch in den nächsten Jahren darauf achten, dass alle Möglichkeiten, den Reinigungsgrad der Kläranlage zu erhöhen, genutzt werden.

Aktive Umweltpolitik setzt nach unserer Auffassung voraus, dass die Menschen ein Gespür für ihre Umwelt entwickeln. Deshalb ist für uns wichtig, dass unsere Bürgerinnen und Bürger

eine kompetente Umweltberatung erhalten. Weiter halten wir es für sinnvoll den hier lebenden Menschen den vorhandenen Naturraum ihrer Heimatgemeinde näher zu bringen. Deshalb wollen wir, dass entlang unserer Naherholungswege und -flächen, wie etwa entlang des Ginsheimer Altrheins, Naturlehrpfade angelegt werden. Dazu wollen wir die Bürgerinnen und Bürger in geeigneter Weise (zum Beispiel Ideenwettbewerb) beteiligen.

Unsere Politik innerhalb der Gemeindevertretung hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Ginsheim-Gustavsburg im Bereich der Abfallentsorgung und Abfallvermeidung eine Vorreiterrolle im Kreis Groß-Gerau einnimmt. Wir werden auch in Zukunft der Abfallvermeidung den Vorrang vor der Abfallbeseitigung einräumen. Vor dem Hintergrund der neuen gesetzlichen Regelung zur Abfallbehandlung gilt es im Kreis Groß-Gerau gemeinsam mit allen Beteiligten eine umweltverträgliche und kostengünstige Lösung zu finden. Wir wollen langfristig, dass Abfälle vermieden werden und durch Getrenntsammlung bestimmter Wertstoffe eine Wiederverwendung im Vordergrund steht.

Die Reinhaltung der Luft und die Vermeidung von Lärm bekommt einen immer größeren Stellenwert in der Umweltpolitik. Deshalb haben wir uns bereits vor Jahren für die Aufstellung eines Lärminderplanes für Ginsheim-Gustavsburg eingesetzt und in der Gemeindevertretung politisch auf den Weg gebracht.

Wir wollen in den nächsten Jahren die Umsetzung der erarbeiteten Maßnahmen zur Lärminderung angehen. Konkret fordern wir von der Deutschen Bahn AG sehr bald entlang der Bahnstrecke im Ortsteil Gustavsburg für aktiven Lärmschutz zu sorgen. Vom Amt für Straßenbau in Darmstadt erwarten wir, dass es unverzüglich mit dem Bau des Lärmschutzwalles entlang der A60 beginnt.

Der geplante Ausbau des Frankfurter Flughafens stellt für uns Sozialdemokraten eine nicht hinnehmbare Lärm- und Umweltbelastung für die hier lebenden Menschen dar. Wir betonen ausdrücklich, dass wir nicht die Existenz des Flughafens mit seiner wirtschaftlichen Bedeutung und seiner Funktion als internationales Drehkreuz in Frage stellen. Vielmehr geht es uns darum, die Entwicklung des Flughafens mit den berechtigten Interessen der Region in Einklang zu bringen. Deshalb werden wir uns auch weiter dafür einsetzen, dass unsere Gemeinde gemeinsam mit mehr als zwanzig anderen Städten und Gemeinden in der Initiative Zukunft Rhein-Main alle politischen und rechtlichen Schritte unternimmt, um den Ausbau zu verhindern.

Als einen Beitrag zur Reinhaltung der Luft sehen wir unsere Grüngürtel um unsere Ortsteile sowie das Freihalten von sogenannten Frischluftschleusen wie zum Beispiel die Klauern innerhalb der bebauten Ortslage.

Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass die Gemeindeverwaltung nur Dieselfahrzeuge mit Rußfilter europäischer Hersteller anschafft.

Verkehr

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, den ÖPNV zu verbessern. Bereits in den letzten Jahren haben wir das Angebot in unserer Gemeinde erheblich erweitert.

Aktuell haben wir uns für eine direkte Busverbindung zwischen Gustavsburg und Ginsheim eingesetzt. Gleichzeitig erhielten so die Gewerbegebiete „Im Weiherfeld“ und „Am Mainspitzdreieck“, mit den dort entstehenden Verbrauchermärkten eine attraktive Anbindung an den ÖPNV.

Um eine verbesserte Anbindung an Schulen, Krankenhäuser und andere Einrichtungen zu gewährleisten, fordern wir bereits seit Jahren eine direkte Busverbindung von Ginsheim nach Rüsselsheim. Wir unterstützen deshalb alle Bemühungen der Gemeindeverwaltung und der Lokalen Nahverkehrsgesellschaft diese Linie noch im Jahre 2006 einzurichten. Nach wie vor fordern wir eine Verbesserung des Taktes der Zugverbindungen in die Kreisstadt Groß-Gerau und den Viertelstundentakt der S 8 nach Mainz.

Die Attraktivität des ÖPNV hängt auch von der vorhandenen Infrastruktur ab. Deshalb unterstützen wir die Bemühungen die S-Bahn-Haltestelle in Gustavsburg kundenfreundlicher zu gestalten. Wir hoffen, dass das Land Hessen die Umgestaltung der Bahnsteige und die Schaffung von barrierefreien Zugängen alsbald in das Landesprogramm auf nimmt, damit noch in der kommenden Wahlperiode mit den Arbeiten begonnen werden kann.

Im Rahmen der Neugestaltung der S-Bahn-Haltestelle setzen wir uns für eine Fahrrad-Park-and-Ride-Anlage mit abschließbaren Fahrradboxen ein. Zum einen wird so die Diebstahl- und die Vandalismusgefahr minimiert, zum anderen wird es den Bürgerinnen und Bürgern erleichtert mit dem Fahrrad zur S-Bahn zu fahren.

Individualverkehr

Den schwächsten Verkehrsteilnehmern gilt unser besonderes Augenmerk. Auch in den nächsten Jahren wollen wir dafür sorgen, dass Zug um Zug noch vorhandene Hindernisse im Straßenverkehr durch entsprechende Maßnahmen beseitigt werden. Dabei sind wir auch weiterhin auf die gute Zusammenarbeit mit den bestehenden Interessenverbänden und Selbsthilfegruppen wie zum Beispiel Deutsche Verkehrswacht, Rollistammtisch, Blindenbund, angewiesen.

Zur Verringerung innerörtlichen Kfz-Verkehrs wollen wir das Radwegenetz weiter ausbauen. Die bereits vorhandenen Radwege sollen noch besser an das regionale beziehungsweise überregionale Radwanderwegenetz angeschlossen werden. An den Ortseingängen aus Mainz-Kostheim und Bischofsheim sollen Schilder auf die Nutzung von Radwegen abseits der Darmstädter Landstraße hinweisen, um Radfahrer über die Möglichkeit von Alternativstrecken zu informieren.

Gemeinsam mit der Regionalparkgesellschaft wollen wir die vorhandenen Radwanderwege in unserer Gemarkung weiter ausbauen und mit attraktiven Sehenswürdigkeiten wie z.B. Burgpark, Altrhein usw. verbinden.

Die Realisierung der Bahnunterführung in Gustavsburg ist für uns die wichtigste verkehrspolitische Maßnahme in der kommenden Wahlperiode. Sie ist notwendig um die beiden Ortsteile besser miteinander zu verbinden und um die vorhandenen Gewerbegebiete direkt an den ÖPNV anzuschließen.

Für den Ortsteil Ginsheim wird mit der geplanten Erschließungsstraße für die neuen Baugebiete im Bereich der jetzigen Sportanlagen und des Bürgerhauses die Chance eröffnet die Verkehrssituation im alten Ortsteil nachhaltig zu verbessern. Die Chance wollen wir nutzen. Nach unserer Auffassung sollte diese Straße gegenüber der Gerhart-Hauptmann-Straße durch einen Kreislauf an die L 3040 (Rheinstraße) angebunden werden.

26. März 2006

Zehn gute Gründe SPD zu wählen

1. Wir brauchen eine klare Mehrheit in der Gemeindevertretung, um unsere Gemeinde familienfreundlich und sozial zu gestalten.
2. Wir wollen und werden erreichen, dass das örtliche Freizeit- und Naherholungsangebot noch attraktiver wird.
3. Nur mit uns können Sie davon ausgehen, dass die soziale und integrierende Wohnungspolitik fortgesetzt wird.
4. Die SPD sorgt dafür, dass die Rahmenbedingungen für die lokale Wirtschaft verbessert und Arbeitsplätze gesichert werden.
5. Wir wollen die Betreuung für die unter-drei-jährigen Kinder verbessern.
6. Die SPD ist der Garant dafür, dass das Ehrenamt weiter gefördert und das rege Vereinsleben in der Gemeinde erhalten bleibt. Wir wollen eine Ehrenamts-Geschäftsstelle ins Leben rufen, die das Ehrenamt von Verwaltungsarbeiten entlastet und die verschiedenen ehrenamtlichen Aktivitäten vernetzt.
7. Wir sorgen dafür, dass die Gemeindeverwaltung ihr erweitertes Lehrstellenangebot beibehält und die zahlreichen Aktivitäten der Jugendpflege bei der beruflichen Orientierung und der Berufsfindung noch intensiviert werden.
8. Wir wollen, dass die Wirtschaftsförderung und das Standortmarketing ausgebaut werden.
9. Die SPD achtet darauf, dass Arbeit und Umwelt nicht gegeneinander wirken. Wir kämpfen für den Erhalt der Balance von wirtschaftlicher Prosperität und Lebensqualität in unserer Region und wenden uns gegen zusätzliche Lärm- und Verkehrsbelastungen für die Menschen in unserer Gemeinde.
10. Die SPD hat ein kompetentes Team aus jungen und erfahrenen Gemeindevertretern, aus Männern und Frauen, aus Menschen mit den unterschiedlichen beruflichen und persönlichen Erfahrungen und Kompetenzen, mit ehrenamtlichem Engagement und politischem Sachverstand. Wir wollen uns für unsere Gemeinde und ihre Menschen stark machen – mit Ihrer Unterstützung.